

Wahlprüfsteine des DJV zur Europawahl 2024

Wolf

Wie wollen Sie bessere Voraussetzungen für ein aktives Bestandsmanagement des Wolfes schaffen? Werden Sie sich für eine Flexibilisierung des Wolfsmanagements einsetzen, insbesondere eine Anhangsänderung bei der Berner Konvention und der FFH-Richtlinie?



CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass der Schutzstatus des Wolfes abgesenkt wird. Damit die Weidetierhaltung in Europa eine Zukunft hat, reichen die Herdenschutzmaßnahmen allein nicht aus. Wir brauchen in vielen Gebieten ein Wolfsmanagement, das die Zahl der Wölfe begrenzt

und Abschüsse bei hoher Wolfsdichte ermöglicht.

SPD

Eine Lockerung des Schutzstatus zur Bejagung des Wolfes halten wir für nicht nötig. Wir halten die geltenden EU-rechtlichen Rahmenbedingungen für geeignet, um sicherzustellen, dass die Erhaltung geschützter Großraubtiere und die Fortsetzung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken Hand in Hand gehen können. Dabei gilt: Herdenschutz

vor Wolfsabschuss. Ausnahmegenehmigungen zum Abschuss einzelner Tiere dürfen erst in Betracht gezogen werden, wenn alle alternativen (belegbaren) Maßnahmen zum Schutz des Weideviehs im Vorfeld ausgeschöpft wurden. Weidetierhalter sollten daher bei der Prävention von Wolfsrissen unterstützt werden, etwa durch

Weidezäune oder Hütetiere.

Freie Demokraten
FDP

Die Population des Wolfes hat sich Dank der Anstrengungen beim Arten- und Biotopschutz erholt. Mit der Zunahme der Wolfsbestände entstehen jedoch regional auch immer größere Schwierigkeiten, beispielsweise für Schäfer und Landwirte mit Weidetieren. Wir Freie Demokraten treten deshalb dafür ein, dass zunächst auf

nationaler Ebene ein aktives Bestandsmanagement im Rahmen der bereits jetzt bestehenden Spielräume des geltenden EU-Rechts etabliert wird. Denn der Wolf muss, genau wie andere Wildarten, entsprechend seiner Entwicklung reguliert werden. Wir fordern zudem die EU-Kommission auf, die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) zu ändern und den

Schutzstatus des Wolfes herabzusetzen und an die Realität anzupassen. Konkret muss der Wolf in den Anhang V der FFH-Richtlinie überführt werden, damit flexiblere Regeln zur Entnahme gelten können. Des Weiteren wollen wir die Bestandserhebung vereinfachen und das Meldesystem entbürokratisieren.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Der beste Herdenschutz ist ein ortsansässiges Wolfsrudel, das gelernt hat, dass Nutztiere keine leichte Beute sind. Das Rudel hält fremde Wölfe zuverlässig fern. Für Wölfe, die Herdenschutzzäune überwinden können oder aus anderen Gründen eine allgemeine Gefahr darstellen, erlaubt das geltende Recht den Abschuss. Wir

halten die bestehenden Regelungen für ausreichend.

Gebieten stattfinden können, um eine entsprechende Abschreckungswirkung zu erzielen.

AfD

Die Population des Wolfes muss als einheitlicher europäischer Bestand verstanden werden. Sie sollte räumlich und zahlenmäßig nach schwedischem und norwegischem Vorbild reglementiert werden. Dafür ist der Wolf von Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie zu überführen. Über aktives

Management sollen problematische Wildtier-Bestandsgrößen zeitnah regional überwacht und korrigiert werden können. Dieser Grundsatz gilt besonders beim Wolf, der in Deutschland mehr als jedes andere Wildtier polarisiert. Der Wolf als Wildtier passt nicht in urbane Lebensräume. Deshalb muss eine Bejagung in besiedelten



Wahlprüfsteine des DJV zur Europawahl 2024

Artenschutz/ Fangjagd

Was tun Sie für die Anerkennung der Jagd als wichtige unterstützende Säule im Artenschutz? Werden Sie sich für eine konsequente Umsetzung des AIHTS-Abkommens und damit für den Erhalt einer tierschutzgerechten Fangjagd einsetzen?



Die Jagd ist wichtig für den Artenschutz und zur Bestandsregulierung von Tierarten, die invasiv sind oder deren Zahl in einer für die Ökosysteme nicht verträglichen Größe zugenommen hat. Mit der Hege sorgen die Jäger zudem für den Erhalt vieler Wildtierarten. Die Hegeverpflichtung gilt auch für die ganzjährig geschützten seltenen

Arten des Jagdrechts und wird von den Jägern auch wahrgenommen. Für CDU und CSU ist es keine Frage, dass die Jagd als unterstützende Säule im Artenschutz anerkannt werden muss.

Arten, wie Marderhund und Waschbär, für notwendig. Denn die Jagd mit der Schusswaffe ist aufgrund der z. T. nachtaktiven Lebensweise der Tiere oft nicht ausreichend. Das AIHTS-Abkommen setzt Standards für den tierschutzgerechten Einsatz von Fallen. Wir setzen uns dafür ein, dass es konsequent durch den Einsatz von zertifizierten Fallen umgesetzt wird.



Jagdliches Handeln muss sich immer auch am Tierschutz messen lassen. Daher ist die Bau- und Fallenjagd aus Tierschutzgründen grundsätzlich abzulehnen. Bei der Fallenjagd gibt es keine absolut sicher und selektiv tötenden Fallen und lebend gefangene Tiere könnten unverhältnismäßig stark leiden. In Deutschland ist das Aufstellen von

Fallen daher, je nach Bundesland, stark eingeschränkt bzw. ganz verboten. Das halten wir für richtig, da es des Weiteren auch zu Fehlfängen, Verletzungen der Tiere durch Fehlfunktionen, erheblichen Stress der Tiere und unsachgemäße Tötungen von lebend gefangenen Tieren kommen kann.

gesellschaftlich anerkannte und tierschutzgerechte Regelungen zur Fangjagd unter Beachtung des Bestandsschutzes zu gestalten. Weiteren unnötigen Bürokratieaufbau in Form zusätzlicher Sachkundenachweise zur Fang- und Fallenjagd lehnen wir Freie Demokraten ab.



Wir Freie Demokraten sehen die Jagd als gelebten Natur- und Biotopschutz. Die Hege des heimischen Wildes ist wichtiger Bestandteil des Umweltschutzes, aber auch einer funktionierenden Agrar- und Forstwirtschaft. Wir Freie Demokraten wissen, dass beim Schutz von Bodenbrütern wie Rebhuhn, Feldlerche oder Auerwild

eine unbürokratische Prädatorenregulierung zwingend notwendig ist. Dazu zählt auch die Fallen- und Fangjagd. Die internationalen Standards, die durch das AIHTS-Abkommen implementiert wurden, werden von deutschen Jägern bereits traditionell gepflegt. Unserer Ansicht nach bietet das AIHTS-Abkommen eine Chance,



Ebenso wie die das Jagdverhalten großer Beutegreifer ist die Jagd durch den Menschen für die Wildregulierung von großer Bedeutung. Wichtig ist dabei, dass die Wildregulierung, sowie der Tier- und Artenschutz bei der Jagd oberste Priorität haben. So sieht das Tierschutzgesetz vor, dass eine Tötung nur aus einem vernünftigen Grund stattfindet, unter Vermeidung von Schmerzen.

diesem Zusammenhang unterstützen wir das „Agreement on International Humane Trapping Standards“ (AIHTS), das sich dem tierschutzgerechten Einsatz von Fanggeräten im Bereich der Jagdausübung, der wildbiologischen Forschung und der kommerziellen Nutzung von Tierbeständen widmet.



Die AfD setzt sich für pragmatische Lösungen bei der Verwendung von tierschutzgerechten Fangmethoden zur Bejagung von Prädatoren ein. Wir setzen uns zudem für eine Neubewertung und Aktualisierung der Normen für eine anwendungsbezogene und bedarfsorientierte Jagdpraxis ein. In



Wahlprüfsteine des DJV zur Europawahl 2024

Tierschutz/ Jagdhunde

Werden Sie sich im Rahmen der geplanten Regelungen zum Tierschutz dafür einsetzen, dass Gebrauchshundezucht und -ausbildung im bisherigen Rahmen möglich bleiben und das vorbeugende Kupieren der Rute von Jagdhunden (unter den bisher schon geltenden Voraussetzungen) weiterhin zulässig bleibt?



Ja, CDU und CSU wollen die Einzelfallregelung bei Jagdhunden zum Kupieren von Teilen der Rute beibehalten. Schließlich ist die Verletzungsgefahr von insbesondere rauhaarigen Jagdhunden beim Einsatz mit ungekürzter Rute hinreichend bekannt. Die Gebrauchshundezucht und

-ausbildung muss selbstverständlich weiter möglich sein.



Gut ausgebildete Hunde sind für eine effektive Jagd unersetzbar. Sie arbeiten u. a. als Stöberhunde oder im Rahmen der Nachsuche dem Menschen zu. Eine fundierte Gebrauchshundezucht ist somit unerlässlich. Ob ein Hund für die Arbeit bei der Jagd „brauchbar“ ist oder nicht, kann ausschließlich die Leistung des Hundes unter Beweis stellen. Verweise auf Zuchtpapiere sind

hier nachrangig zu betrachten. Das Jagdgesetz fordert für die Jagdreviere einen „brauchbaren“ Jagdhund. Diese „Brauchbarkeit“ muss durch eine Prüfung des Hundes nachgewiesen werden.

Jagdausübung, z. B. vor Schnittverletzungen durch scharfkantige Halme, schützen. Noch ermöglicht das bisherige Tierschutzgesetz in Einzelfallregelungen bei ausgewählten Jagdhunden das Kupieren von Teilen des Schwanzes. Dabei darf es jedoch nie um ästhetische Aspekte und Rassestandards gehen!

Das Kupieren der Rute von Jagdhunden ist derzeit als Ausnahmeregelung im Gesetz festgeschrieben. Es soll bestimmte Hunde bei der



Der Einsatz von gut ausgebildeten Jagdhunden erleichtert dem Jäger sein Handwerk und trägt maßgeblich zur Wahrung von Tierschutz und Tierwohl des Wildes bei. Die Zucht gesunder, langlebiger und harter Jagdhunderassen werden wir weiter ermöglichen. Der Betrieb von Schliefanlagen unter der Leitung zertifizierter Schliefwarte zu

Ausbildungszwecken soll ebenfalls fortgeführt werden können. Wir setzen uns auf EU-Ebene dafür ein, dass auch das vorsorgliche Kupieren anerkannter Jagdhunderassen im Welpenalter zum Schutz vor Verletzung weiterhin zulässig bleibt.



Der Kommissionsvorschlag zum Wohlergehen von Hunden und Katzen in der EU sieht vor, das Kupieren der Rute bei Hunden EU-weit zu unterbinden. Eine Ausnahme bleibt, wenn diese Maßnahme aus medizinischen Zwecken durchgeführt wird.



Da die Gefahr für Rutenverletzungen insbesondere bei kurz- und rauhaarigen Hunden besonders groß ist, sollten die derzeitigen Regelungen zum Kupieren beibehalten werden. Damit werden unnötiges Tierleid vermieden und langfristige Folgeschäden (Nekrosen) eingedämmt.



Wahlprüfsteine des DJV zur Europawahl 2024

Auslandsjagd

Setzen Sie sich dafür ein, dass Jagdtrophäen, die nachweislich aus der nachhaltigen Jagd stammen, in EU-Staaten eingeführt werden können?



Unter der Bedingung der strikten Einhaltung der internationalen Regelungen zum Artenschutz, sollte die Einfuhr weiter möglich sein. Schließlich können, wenn die Zahl von Tieren in einem Land zu hoch ist, Jagdlizenzen im Einklang mit den Erfordernissen des Artenschutzes erteilt werden. Die Einnahmen daraus werden in ärmeren Regionen meist

dringend gebraucht. CDU und CSU sind der Auffassung, dass die Einfuhr von Trophäen, die aus legaler nachhaltiger Jagd stammen, im Einklang mit den EU-Importregelungen vor allem zum persönlichen Gebrauch erfolgen darf. Um die Möglichkeit zu erhalten, brauchen wir wirksame Kontrollen der Trophäenjagd, verbunden mit einem

sinnvollen und nachhaltigen Management der Tierbestände.

SPD

Die Europa-SPD unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments aus seinem Entschließungsantrag vom 5.10.2022, wonach es „die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich (auffordert), im Rahmen ihrer in der EU-Biodiversitätsstrategie dargelegten Verpflichtungen unverzüglich wirksame Maßnahmen zu ergreifen,

um die Einfuhr von Jagdtrophäen zu verbieten, die von CITES-gelisteten Arten stammen“. Die Europa-SPD unterstützt zudem ein EU-weit verbindliches, umfassendes und dauerhaftes Verbot des gesamten Außenhandels sowie des Handels innerhalb des EU-Binnenmarkts mit Elfenbein und Nashorn-Horn aus.

Freie Demokraten
FDP

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass Jagdtrophäen aus nachweislich nachhaltiger Jagd auch weiterhin in EU-Staaten eingeführt werden können. Dies hat große Vorteile für die lokale Bevölkerung in den Ländern, in denen die Jagd stattfindet, und schadet den Populationen nicht. Daher besteht aus Sicht der FDP kein Grund, dies weiter

einzuschränken. Wir Freie Demokraten setzen uns auf nationaler Ebene für die 1:1 Umsetzung des EU-Rechts ein und lehnen weitere nationale Alleingänge bei Einfuhrbeschränkungen klar ab.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Wir sind für ein Einfuhrverbot von Jagdtrophäen von Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. Internationale Artenschutzabkommen, insbesondere CITES und alle ihre Anhänge, sind konsequent in der EU umzusetzen.

Den kommerziellen Wildtierhandel wollen wir effektiv unterbinden.

AfD

Die Trophäenjagd hat eine lange Tradition und verhindert zudem, dass gefährdete Tierarten, insbesondere in Ländern der Dritten Welt illegal bejagt werden. Dabei werden die natürlichen Bestände geschont und Mittel für den Tierschutz generiert. Ein Einfuhrverbot von Jagdtrophäen ist deshalb weder in deutschem Interesse noch im Interesse des Tierwohls.

Regulierungen, wie zuletzt von der Bundesregierung angestoßen, schmälern das Ansehen Deutschlands in der Welt und gefährden langfristig die Erhaltungsziele gefährdeter Arten.



Wahlprüfsteine des DJV zur Europawahl 2024

Agrarpolitik/ Niederwild

Wie wollen Sie sich im Rahmen der anstehenden Erarbeitung einer neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Lebensräume des Niederwildes und mehr Biodiversität in Offenlandflächen einsetzen?



Bei der Diskussion um die GAP ab 2027 stehen wir erst am Anfang. Sie wird aber auf jeden Fall wieder Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Biodiversität enthalten. CDU und CSU setzen dabei in erster Linie auf Anreize und Agrarumweltprogramme sowie auf Kooperationen der Landwirtschaft mit Naturschützern und Jägern.

SPD

Das Offenland in der EU ist in einem schlechten Zustand. Dies hat diverse Gründe. Mit der Reform der GAP wollen wir gemeinsam mit den Landwirt*innen den Zustand unserer Offenlandflächen verbessern. Dabei muss der Fokus auf landwirtschaftlich genutzte und wiederzuvermehrende Flächen gelegt werden. Für ein Mehr an

Biodiversität wollen wir das aktuelle Subventionssystem ändern. Durch die Honorierung von bisher nicht-marktfähigen Gütern, wie dem Klima- und Umweltschutz, sollen Landwirt*innen neue Einkommensmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Brachflächen, Hecken, Feldgehölze sind wichtige Beispiele für

Bestandteile unserer Kulturlandschaft. Diese müssen gestärkt werden. Dies kommt der Biodiversität und dem Niederwild (mehr Rückzugs- und Äsungsorte) gleichermaßen zugute.

Freie Demokraten
FDP

Wir Freie Demokraten verfolgen das Ziel, Arten- und Naturschutz durch Regulierungen mit Augenmaß, statt durch starre Auflagen für die Jägerschaft zu erreichen. Wir setzen uns daher für unbürokratische Kooperationen von Landwirten und Jägern sowie Naturschutzverbänden ein. Unserer Ansicht nach kann ein ergebnisorientierter Natur- und

Artenschutz niemals durch pauschale Verbote oder Bewirtschaftungsauflagen gelingen. Wir Freie Demokraten sind daher der Auffassung, dass die Gemeinsame Agrarpolitik ein Update braucht. Wir wollen weg von starren Vorgaben, prozentualen Flächenstilllegungen und regional unangepassten Maßnahmen. Wir setzen uns dafür ein, das Angebot

an Handlungsoptionen für die Landwirte zu verbreitern und ihnen ihre unternehmerische Freiheit zurückzugeben. Dadurch ermöglichen wir ihnen, die Ressourcen effizienter zu nutzen und dadurch beispielsweise Strukturelemente wie Hecken, Felldraine oder Blänken sinnvoll zu integrieren, statt sie ihnen aufzuerlegen.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE streben eine grundsätzliche Reform der EU-Agrarpolitik an, bei der konsequent Leistungen für das Gemeinwohl – insbesondere Maßnahmen für Klima, Biodiversität und Tierschutz – honoriert werden. Maßnahmen zum Biodiversitätsschutz in Offenlandflächen wie der Schutz von Dauergrünland und die Anlage

mehrwähriger Brachen wollen wir besonders fördern. Die Erhaltung und Schaffung weitgehend natürlicher Waldgesellschaften muss gerade in Zeiten des Klimawandels Priorität haben. Wir fordern eine waldfreundliche, lebensraumorientierte Jagd. Möglichkeiten der Direktvermarktung und wollen diese ausweiten.

Allerdings müssen rechtliche Auflagen wie z. B. der Hygienestandard eingehalten werden.

AfD

Wir wollen den Dialog zwischen Landwirten und Jägern fördern, um neue Lebensräume für Niederwild zu erschließen und gleichzeitig Schäden in der Landwirtschaft zu minimieren. Dabei soll die GAP so ausgerichtet werden, dass lokale Lösungen ermöglicht werden. Wir wollen weniger verpflichtende Vorgaben auf EU-Ebene und stattdessen

Kooperationsmaßnahmen auf nationaler Ebene fördern.



Wahlprüfsteine des DJV zur Europawahl 2024

Bleimunition

Wie sollte das geplante Verbot von Blei als Munitionsbestandteil in der REACH-Verordnung umgesetzt werden? Halten Sie längere Übergangsfristen und umfassendere Ausnahmen für mit Auffangsystemen ausgestattete Schießstände für sinnvoll, als es der bisherige Vorschlag der ECHA vorsieht?



CDU und CSU lehnen es ab, dass bleihaltige Munition in der EU generell verboten wird. Wir setzen uns für eine Minimierung von Blei in Munition nach dem jeweiligen Stand der Technik ein und fordern einen wissenschaftlichen sowie praxisorientierten Weg. Allenfalls wäre ein langsamer Ausstieg denkbar, wenn geeignete

Alternativen zur Verfügung stehen, die bei Jagdmunition tierschutzgerecht töten, genauso sicher und wirtschaftlich vertretbar sind. Bei einem generellen Verbot wären darüber hinaus eine Überprüfung und teilweise Überarbeitung aller Schießstände in der Europäischen Union erforderlich. Die Schießstände werden unbedingt

für das jagdliche Schießtraining gebraucht. Insofern wäre ein Ausstieg nur mit ausreichend langen Übergangsfristen möglich, deren Länge von der Entwicklung der Alternativen und realistischen Zeiträumen für die Umrüstung der Schießstände abhängig gemacht werden sollte.

SPD

Blei ist ein hoch wirksames Umweltgift und kann schwere neurologische Schäden verursachen. Blei ist daher zurecht unter der EU-Chemikalienrichtlinie REACH als „besonders besorgniserregender Stoff“ eingestuft. Die Europa-SPD unterstützt ein Verbot von Blei für solche Anwendungen, für die es bereits sicherere Alternativen gibt

und bei denen nicht sichergestellt werden kann, dass das Blei in die Umwelt gerät. Ausnahmen für bleihaltige Munition auf Schießständen, auf denen sichergestellt werden kann, dass die verbrauchten Geschosse und Schrote eingesammelt und recycelt werden, können gerechtfertigt sein.

Ausnahmegenehmigungen und Übergangsfristen für Schießstände in betroffenen Gebieten prüfen, insbesondere, wenn sie nur unter der Voraussetzung des Einsatzes von Bleimunition genehmigt worden sind.

Freie Demokraten
FDP

Auch wenn der Stahlschrotbeschuss für ältere Waffen oft nicht möglich ist, so sind dennoch schon jetzt viele Jagdwaffen aufgrund der Regelungen auf Landesebene auf bleifreie Munition umgeschossen. Da der Einsatz von bleihaltiger Munition aus jagdlicher Sicht aber auch Vorteile hat, vor allem beim Beschuss von Flugwild, stellt das Verbot für Jäger

eine Herausforderung dar. Die in der REACH-Verordnung vorgesehene Übergangsfrist lief bis zum 15. Februar 2023 und gilt daher bereits. Wir Freie Demokraten werden auf Länderebene darauf hinwirken, dass ein einheitlicher Vollzug gewährleistet wird, um Rechtsunsicherheiten zu vermeiden. Außerdem werden wir die Möglichkeiten der

Die Übergangsfristen halten wir für angemessen.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Blei ist ein neurotoxisches Element und gehört zu den Stoffen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Überall dort, wo dieser schädliche Stoff gut ersetzt werden kann und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus seiner Verwendung rasch aussteigen. Unter anderem durch sachgerechte Übergangsfristen wollen

wir die Herstellung von wichtigen Produkten weiterhin sicherstellen und zugleich die Erforschung giftfreier Produkte stärken. In vielen Ländern ist Bleimunition in der Jagd bereits seit Jahren verboten; Alternativen stehen daher in vielen Fällen zur Verfügung. Für Sportschütz*innen und Schützenfeste sind bereits Ausnahmen vorgesehen.

Die Übergangsfristen halten wir für angemessen.

AfD

Wir halten das geplante Verbot von bleihaltiger Munition für derzeit nicht zielführend, da es einen unnötigen Markteingriff bedeutet. Vielmehr ist es wichtig, dass an wirtschaftlichen und technologisch konkurrenzfähigen Produkten gearbeitet wird, die die nötigen innen-, außen- und zielballistischen Eigenschaften von bleihaltiger Munition vollständig abbilden können.



Wahlprüfsteine des DJV zur Europawahl 2024

Waffen

Welchen Änderungsbedarf sehen Sie bei den europäischen Regelungen zum Waffenbesitz, insbesondere der Feuerwaffenrichtlinie?



Die ganz überwiegende Mehrheit der legalen Waffenbesitzer – wie Jäger, Schützen und Waffensammler – geht verantwortungsvoll mit ihren Waffen um. CDU und CSU sind stets dafür eingetreten, dass sie nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Der berechnete Waffenbesitz muss auch in Zukunft in Deutschland anerkannt bleiben.

Wir sehen daher keinen Verschärfungsbedarf. Es sollte jedoch überprüft werden, inwieweit die letzten Änderungen etwas zur Inneren Sicherheit beitragen konnten und welche Korrekturen erforderlich sind, um einerseits wirklich etwas gegen den illegalen Handel mit Kriegswaffen zu tun und andererseits den Besitzern legaler

Waffen keine unverhältnismäßigen Belastungen aufzubürden. Wir sehen bei der Feuerwaffenrichtlinie einen Bedarf für Bürokratieabbau und praxisgerechtere Regelungen, z. B. bei Magazinen, Halbautomaten und dem Europäischen Feuerwaffenpass (dort insbesondere die Möglichkeit der Eintragung von Schalldämpfern und Nachtzieltechnik).

SPD

Die SPD setzt sich für strengere Regulierungen und Kontrollen von Schusswaffen ein, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Wir unterstützen die Neufassung der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie, um den Handel und Besitz von Schusswaffen zu überwachen und mögliche Risiken einzudämmen. Konkrete Schwerpunkte dieser

Neufassung könnten Maßnahmen zur stärkeren Überwachung von Schusswaffenverkäufen, zur Eindämmung des illegalen Waffenhandels und zur Einschränkung des Zugangs zu Schusswaffen für Personen mit potenziell gefährlichem Verhalten sein.

Europäischen Feuerwaffenpass notwendigen Auflagen sind sachlich nicht begründbar und sollten nach Ansicht von uns Freien Demokraten daher entfallen.

Freie Demokraten
FDP

Deutschland hat eines der strengsten Waffengesetze weltweit. Wir Freie Demokraten setzen uns auf EU-Ebene dafür ein, dass die Standards für Sicherheit und Zuverlässigkeit auch in anderen Mitgliedstaaten eingehalten werden, damit das Risiko, das von illegalen oder unsachgemäß gehandhabten Waffen ausgeht, stetig verringert wird. Die Registrierung von

Waffen und Waffenbesitzern sowie der Austausch von Daten muss höchsten datenschutzrechtlichen Anforderungen genügen und darf nicht in überbordende Bürokratie münden und somit der waidgerechten Jagd im Wege stehen. Die detaillierten Regelungen zur Unbrauchbarmachung und zu Salutwaffen halten wir für wenig zielführend. Auch die für den

strengen Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für Waffenbesitzer*innen ein.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Wir setzen uns über die aktuelle EU-Feuerwaffenrichtlinie hinausgehende verbesserte Standards auf EU-Ebene ein, insbesondere hinsichtlich Verbesserungen zum Austausch von Informationen zwischen den Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten sowie bei der Rückverfolgung von Waffen. Wir wollen die Verfügbarkeit von illegalen

Schusswaffen einschränken und den Schwarzmarkt austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir setzen uns für gemeinsame und

bisher klar verfehlt, da sie damit nur rechtschaffende Legalwaffenbesitzer gängelt und keine zielführenden Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Art der Kriminalität einführt. Die AfD wird sich jeweils auf EU- als auch Bundesebene für eine Novellierung der Feuerwaffenrichtlinie und des deutschen Waffenrechtes einsetzen.

AfD

Der Verband Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler e.V. (VDB) hat 2023 einen Maßnahmenkatalog mit 20 Forderungen zur Novellierung des deutschen Waffenrechtes vorgelegt. Diese Vorschläge enthalten aus unserer Sicht alle wesentlichen Aspekte einer dringend notwendigen Reform der nationalen Gesetzeslage, die zurzeit weit über die Regelungen

der europäischen Feuerwaffenrichtlinie hinausgeht. Gleichzeitig mit einer Reform des deutschen Waffenrechtes muss die Feuerwaffenrichtlinie so überarbeitet werden, dass die Überbürokratisierung und sinnfreien Einschränkungen für Legalwaffenbesitzer zurückgenommen werden. Die EU hat ihre Ziele zur Eindämmung des illegalen Waffenbesitzes und -schmuggels



Wahlprüfsteine des DJV zur Europawahl 2024

Jagdpolitik/ FACE- Wahlmanifest

Unterstützen Sie das Wahlmanifest von FACE (zusammenfassend: Praktikable, verhältnismäßige Entscheidungen zu Jagd und Naturschutz und Umsetzung von FFH- und Vogel-RL, Achtung von Subsidiarität, ländlichem Raum, Kulturerbe Jagd und Rolle der Jagd für den Naturschutz; Intergruppe zur Jagd)?



CDU und CSU stehen zu einer tierschutz- und waidgerecht ausgeübten Jagd. Sie ist wichtig für die nachhaltige Bestandsregulierung des Wildes und dient damit dem Wald und der Landwirtschaft. Sie liefert ein gutes und naturbelassenes Lebensmittel, das viele Verbraucher schätzen. Mit der Hege sorgt sie

für den Erhalt eines gesunden Wildbestandes einschließlich der schutzbedürftigen Arten mit ganzjähriger Schonfrist. Die Jagd ist zudem Kulturerbe und Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. CDU und CSU setzen sich auf EU-Ebene und national für die Jagd ein. Wir brauchen auch im Naturschutz vernünftige

Regelungen, die praxistauglich sind und die die nachhaltige Jagdausübung fördern. In diesem Sinne begrüßen wir das FACE-Manifest.

SPD

Wir bitten um Verständnis, dass sich die Europa-SPD nicht im Allgemeinen zu Wahlmanifesten äußert.



FACE vertritt derzeit fast 7 Millionen Jäger in der EU und stellt damit ein wichtiges Sprachrohr der grünen Branche dar. Wir Freie Demokraten unterstützen den Wunsch nach Verlässlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Freiheit. Jäger jagen traditionell und überwiegend ehrenamtlich. Sie tragen erheblich zum Erhalt der Kulturlandschaft bei und dafür

verdienen sie Anerkennung statt Stigmatisierung und Gängelung durch staatliche Bevormundung. Die FDP setzt sich für die 1:1 Umsetzung von EU-Recht ein, damit den Belangen aller Beteiligten ausgewogen Rechnung getragen wird.



Wir erkennen FACE als wichtige Stimme in der EU-Jagdpolitik an und unterstützen unter anderem die Forderung nach Jagd- und Naturschutzgesetzen, die fair, praktikabel und verständlich sind. Die Gestaltung der ländlichen Räume betrifft darüber hinaus viele weitere Interessensgruppen, deren Ansichten wir ebenfalls berücksichtigen. Bei

unseren Entscheidungen versuchen wir, den bestmöglichen Kompromiss im Sinne des Allgemeinwohls, Klima- und Artenschutz zu finden.



Das Manifest ist wesentlich dafür, dass die Stimmen der europäischen Jäger auf EU-Ebene das notwendige Gehör erfahren. Insbesondere der Subsidiaritätsgedanke ist bei Entscheidungen auf EU-Ebene stärker zu berücksichtigen. Zudem braucht es einen stärkeren Dialog zwischen Jagd und Naturschutz, um unsere derzeitigen gesellschaftlichen

Probleme zu lösen. Wir unterstützen deshalb die von FACE angestoßenen Forderungen zur Europawahl.

